

Verwaltungssitz wird umgebaut für 2,2 Millionen

Mieter sollen aus Lindenallee 14 ausziehen

Von UWE SPRANGER

Hoppegarten (MOZ) Die Gemeinde Hoppegarten will den Verwaltungssitz in der Lindenallee 14 umbauen und vergrößern lassen. Als Obergrenze der Kosten wurden 2,2 Millionen Euro festgesetzt.

Seit Mai vergangenen Jahres ist klar, dass der Verwaltungssitz der Gemeinde Hoppegarten am derzeitigen Standort bleiben soll. So hatten es die Abgeordneten seinerzeit beschlossen. Nun trafen sie eine weitere Entscheidung: Es wird nicht neu gebaut, sondern der jetzige Komplex soll umgebaut und erweitert werden, wie eine Machbarkeitsstudie des Neuenhagener Büros von Wolfgang Seidel und der Pro Projekt GmbH vorsieht.

Bei der Untersuchung war festgestellt worden, dass am jetzigen Standort die erforderlichen Büroflächen geschaffen werden könnten, wenn bestehende Mietverhältnisse gelöst werden und Umbauten erfolgen. Auch eine behindertengerechte Gestaltung hält das Büro für möglich. Zudem seien genügend Flächen für Erweiterungsbauten, zum Beispiel einen Saal, und das gewünschte Bürgerbüro vorhanden. Nicht zuletzt sagt die Studie, dass der Um- und Ausbau kostengünstiger wäre als ein vergleichbarer Neubau.

Das bezweifelt allerdings Jörg Schultchen von der FDP. Angesichts miserabler Straßen und

anderer Notwendigkeiten seien selbst 2,2 Millionen Euro zu teuer. Zudem verwies er auf mögliche finanzielle Risiken wie die Siedlungserweiterung Hönöw oder das Dahlwitzer Herrenhaus, wenn dafür kein Nutzer gefunden werde.

Wolfgang Toleikis (CDU/Eigenheimer) sah in Schultchens Ausführungen einen „Profilierungsversuch“ der Liberalen. Hoppegarten brauche ein Bürgerbüro mit kompetenten Mitarbeitern, das beim Umbau geschaffen werde. Die 2,2 Millionen Euro seien als Obergrenze festgesetzt, ein Neubau wäre noch teurer, argumentierte er. Werner Olszewski (SPD) prophezeite hingegen, die Summe werde nicht reichen. Er sah zudem „noch nicht alles ausdiskutiert“.

Frank Grubitz (Freie Wähler/FDP) widersprach, machte ein Rechenbeispiel mit einer notwendigen Bürofläche von 3000 Quadratmetern mal 1200 Euro Kosten auf. Er verwies zudem auf die neue Struktur der Verwaltung, auf erforderliche neue Mitarbeiter, um bürgerfreundlicher zu sein. Das Mehr an Einwohnern bringe bei der nächsten Wahl zudem eine Vergrößerung der Gemeindevertretung und schon aus diesem Grund sei auch ein großer Ratsaal angeraten, den Schultchen abgelehnt hatte.

Am Ende gab es 14-mal Ja, nur eine Nein-Stimme und drei Enthaltungen für den Umbau.

Aus der Gemeindevertretung (1)

Verwaltungsstandort wird ausgebaut

(z.N.) Schon nach der so genannten Sitzungswoche der Ausschüsse der Gemeindevertretung von Hoppegarten wurde deutlich, dass sich die Gemeindevertreter mehrheitlich für den Verwaltungsstandort Dahlwitz-Hoppegarten bekennen. In einem mehrheitlichen Beschluss hat nun auch die Gemeindevertretung selbst dem Vorhaben zugestimmt.

Allerdings mahnte im Verlaufe der Diskussion insbesondere der FDP-Abgeordnete Jörg Schultchen zu mehr Weitsicht. „Wir haben genügend marode Straßen, es fehlen Beleuchtungen und vieles mehr. Ich gebe zu bedenken, dass wir uns ein solches Projekt eigentlich gar nicht leisten können. Das grundsätzliche Bekenntnis der Gemeindevertretung zum Verwaltungsstandort in Dahlwitz-Hoppegarten und die Bereitstellung von Mitteln im Investitionshaushalt sind kein zwingender Grund, einen Ausbau zum jetzigen Zeitpunkt anzuschieben. Es mag ja sein, dass die Gemeinde Hoppegarten momentan über ausreichend finanzielle Mittel oder Rücklagen in Form von verwertbaren Grundstücken verfügt, aber es gibt zum einen für die Bürger wichtigere Investitionsprojekte. Dazu gehört das geplante Gemeindezentrum in Hönow. Zu anderen dürfen finanzielle Risiken für die Zukunft nicht aus den Augen gelassen werden sollten. Ich denke da beispielsweise an die Siedlungserweiterung Hönow, wo möglicherweise noch

offene Schulden durch die Gemeinde übernommen werden müssen.“, so Schultchen. „Auch muss die Gemeinde für die laufenden Kosten des Dahlwitzer Herrenhauses aufkommen, wenn das Objekt nach vollendeter Restaurierung keine Nutzer findet.“ Schultchen sagte weiter: „Wenn schon bauen, dann sollten wir auch gleich neu bauen. Was wir jetzt verwirklichen, kommt einer Oma im Hochzeitskleid gleich“.

Dem gegenüber standen Äußerungen des Abgeordneten Wolfgang Toleikis, der davon sprach, Hoppegarten mit einer modernen Verwaltung auszustatten, wozu schließlich auch moderne Räume gehören. Der Vorsitzende des Bauausschusses, Frank Grubitz, gab zu bedenken, dass ein Neubau die Kosten auf weit über vier Millionen Euro anwachsen lassen würde. „Wir brauchen eine bürgerfreundliche Verwaltung, wozu schließlich auch das mit geplante Bürgerbüro gehören wird. Ein Neubau kommt aus finanziellen Gründen nicht in Frage. Die vorhandene Bausubstanz wurde darüber hinaus als gut eingeschätzt. Der Umbau des Gebäudes beeinflusst die Verwaltungsarbeit nur unwesentlich. Die Planungen sind problemlos, wie die vorliegende Machbarkeitsstudie beweist.“

Das Konzept, erstellt durch die ARGE Ingenieur Büro Dr. Seidel (Neuenhagen) & Pro Projekt Gesellschaft für Projektentwicklung

und Projektmanagement mbH (Niederlassung Hoppegarten) sieht vor, dass im Wesentlichen ein Umbau des bisherigen Standortes Lindenallee 14 machbar ist. Bereits am 8. Mai 2006 hatte die Gemeindevertretung beschlossen, den derzeitigen Standort weiterzuentwickeln. Das Konzept sieht vor, einen so genannten Ratsaal sowie das Bürgerbüro der Gemeindeverwaltung als zentrale Anlaufstelle für die Bürger der Gemeinde Hoppegarten einzurichten. Dazu sind jeweils zwei eingeschossige Anbauten vorgesehen. Die Gestaltung wird barrierefrei, also behindertengerecht erfolgen. Der bestehende Garagenkomplex wird abgerissen und zusätzliche Parkflächen errichtet. Im zukünftigen Innenhof, gegenüber vom „Haus der Generationen“, wird ein kleiner Park angelegt. Als Kostenrahmen wurden 2,2 Millionen Euro veranschlagt.

Neu wird, nach Fertigstellung, dann auch der Hauptzugang zur Gemeindeverwaltung sein. Er wird am ostseitigen Tor, mit Gehweg gleichzeitig zum „Haus der Generationen“, eingerichtet.

Bürgermeister Klaus Ahrens und der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Rainer Storch, betonten, dass der Umbau Sinn macht, denn Dahlwitz-Hoppegarten hat sich als bisheriger Verwaltungsstandort etabliert. „Der Standort liegt auch geografisch im Mittelpunkt der Gemeinde“.